

Kommunismus in Deutschland verbürgt. fünf Millionen Stimmen d. h. fünf Millionen Bereitschaftserklärungen im Kampf gegen das „kleinere Übel“, durch Überwindung des Sozialfaschismus, durch Abertreibung des Nationalismus, den Kampf für die proletarische Revolution zu führen. Die kommunistische Partei stellt fest, daß es möglich sein wird, über diese fünf Millionen hinaus noch breite Massen, Millionen von Arbeitern unter das Banner des revolutionären Klassenkampfes, unter der Führung der kommunistischen Partei zu sammeln, wenn die SPD den Kampf gegen die Politik des „kleineren Übels“, ihren Hauptstoß gegen die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, den Sozialfaschismus verstärkt führt, wenn sie die außerparlamentarische Massenmobilisierung verstärkt und es versteht, den Wahlkampf mit außerparlamentarischen Aktionen zu verbinden.

Der Bezirksparteitag steht im Zeichen der schärfsten Wendung der Arbeiter auf die Betriebe, der Führung der Politik vom Betrieb aus. Das bedeutet, er muß die Mittel und Wege beraten und beschließen, auf denen es in verstärkter Weise gelangt, betriebliche Aktionen, Streikbewegungen gegen Lohndruck und Unternehmerterror durchzuführen. Er muß grundsätzliche, entscheidende Klarheit über die Politik des „kleineren Übels“, über die radikalen Phrasen und Betrugsmanöver der Sozialdemokratischen Partei d. h. des Sozialfaschismus und dessen linken Trabanten, die SPD, schaffen. Der Parteitag muß die Richtung zur härtesten Konzentration der Arbeit der gesamten Partei auf die Betriebe geben. Er muß gleichzeitig die verstärkte Arbeit unter den Erwerbslosen und die Verbindung der Betriebsbelegschaften mit den Erwerbslosen als dringende Maßnahme des Gesamtkampfes des Proletariats aufzeigen.

Der Hauptkampf der kommunistischen Partei auch in Sachsen gilt der Überwindung des sozialfaschistischen Einflusses auf die Arbeiter, d. h. also auch hier den Hauptstoß führen gegen die Sozialdemokratische Partei. Die besondere Bedeutung dieser Aufgabe liegt in Sachsen darin, daß über die radikalen Männer des Reichsparteivorstandes der SPD hinaus auf Grund der besonderen Lage in Sachsen (höherer Grad der Erwerbslosigkeit, der Kontrakte der Unternehmungen, der Verelendung der Massen der Arbeiter und der schnellen Verelendung des wertvollen Mittelstandes) die Sozialdemokratische Partei in Sachsen eine besondere ideologische Phrasologie zum Betrug der proletarischen Massen anwendet.

Der Bezirksparteitag steht im Zeichen des imperialistischen Krieges, der blutigen Kämpfe im Fernen Osten, der wachsenden Interaktionsgefahr für den ersten Arbeiterstaat, die Sowjetunion. Ein neuer Weltkrieg steht auf der Tagesordnung. Die Nationalisten, die Nationalen und Sozialfaschisten vollführen eine gemeinsame Dege gegen die Sowjetunion. Sie haben zusammen, wie 1914, in der Hindenburgfront, bereit zur blutigen Unterdrückung des Proletariats, bereit zum imperialistischen Krieg. Die Rüstungsindustrie arbeitet schon mit Hochdruck und mit der „Eisernen Front“ verläßt die Sozialfaschisten die Massen in die Front der faschistischen Reaktion und des imperialistischen Krieges einzureihen. Die Mobilisierung der arbeitenden Massen zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Kriegstreiber und Kriegseiferer, für die aktive Verteidigung der Sowjetunion und zum Schutz der chinesischen Revolution muß vom Bezirksparteitag besonders klar gestellt und als entscheidende Aufgabe klar herausgearbeitet werden.

Im verstärkten Maße muß auch die Partei den Kampf gegen den Nationalfaschismus, der zweiten Stütze der Bourgeoisie, dem rechten Flügel des Faschismus, führen, um dessen Kampfbasis für die weitere Entwicklung des Faschismus zu zerschlagen.

In der Zeit seit dem 1. Parteitag hat die Wirtschaftskrise sich gewaltig verschärft, ist aber auch die Radikalisierung der Massen vorwärts geschritten, hat die Partei ihren organisatorischen und ideologischen Einfluß gewaltig gesteigert. Seit der Landtagswahl 1929 bis zu den Präsidentschaftswahlen 1932 sind die Stimmen für die kommunistische Partei von 345.530 auf 529.600 angewachsen. Die Mitgliederzahlen der Partei in Sachsen sind in einem stürmischen Tempo von 24.311 am 1. Januar 1931 auf 43.573 am 1. März 1932 gestiegen. Die Zahl der Ortsgruppen entwickelte sich in derselben Zeit von 456 auf 658.

Gewaltig liegt auch der Einfluß der überparteilichen revolutionären Massenorganisationen, die jetzt insgesamt 226.000 Mitglieder mit den übrigen kleinen Organisationen des NS-Kartells 250.000 Mitglieder umfassen.

Der Bezirksparteitag wird mit höchstwertvoller Offenheit Selbstkritik üben und insbesondere die Mängel und Schwächen in der Betriebsarbeit und aber auch den übrigen Aufgaben der Partei feststellen und die Maßnahmen zu deren Überwindung beschließen. Er wird eine Überprüfung der gesamten bisherigen Arbeit der Partei durchführen und auch organisatorisch die Maßnahmen treffen, die zur Verbesserung der revolutionären Arbeit der Partei und ihrer Tätigkeit als Führerin des Proletariats im Klassenkampf notwendig sind.

Vor der Partei steht als nächste Aufgabe die Durchführung des zweiten Wahlganges zur Reichspräsidentenwahl, der weitergeführt wird unter der Führung Klasse gegen Klasse mit dem Führer der kommunistischen Partei Ernst Thälmann als dem Kandidaten der revolutionären Arbeiterschaft. Die verstärkte Betriebsarbeit, die Auslösung von Konflikten gegen den Unternehmerterror, wird die Basis für die Verstärkung unseres Vorwärtsschrittes im zweiten Wahlgang abgeben. Am 17. April findet der rote Volksentscheid in Sachsen statt, der im gleichen Maße wie die Reichspräsidentenwahl im Zeichen des Kampfes gegen das „kleinere Übel“ und des Hauptstoßes gegen den Sozialfaschismus geführt wird. Die Sozialfaschisten und ihre bourgeoisen Auftraggeber rechnen mit der einseitigen Wahlmüdigkeit und der Inaktivität der Massen bei dem roten Volksentscheid. Der Bezirksparteitag der kommunistischen Partei Sachsens wird in dreifacher Wichtigkeit vor den Massen die Bedeutung dieses roten Volksentscheides klar stellen und ein antreibender Faktor für die Massenmobilisierung gegen die reaktionäre Schiedsregierung, die faschistische Fikale der Brüning-Bourgeoisie-Diktatur und ihre Stütze, der Sozialfaschismus, sein.

Im Zeichen der weiteren Verschärfung der Bourgeoisie-Diktatur, der ausgedehnten neuen Notverordnung, des weiteren Lohnrückgangs, des gesteigerten Steuerdrucks, der drohenden Verelendung der Erwerbslosenfürsorge, der Verelendung des sozialen Moratoriums und der gesteigerten Tätigkeit der Sozialfaschisten in betrügerischen, demagogischen Manövern, den Kampfmitteln der Arbeiter zu erfüllen, wird der Bezirksparteitag der kommunistischen Partei die Massen mobilisieren zur Organisierung zur Führung des Kampfes Klasse gegen Klasse, für die Überwindung des Kapitalismus, für ein rotes Sachsen in einem freien sozialistischen Deutschland.

Der Bezirksparteitag wird eine Tagung ernster Arbeit sein. Die revolutionären Delegierten aus Betrieben und Stempelfabriken, aus den Ortsgruppen Sachsens tragen die ernste Verantwortung, aber auch den ersten Willen und die feste Entschlossenheit, von diesem Parteitag aus die Aktivität des gesamten Proletariats zu seinem Kampf um Arbeit, Freiheit und Brot zu steigern.

Zu diesem Sinne der Klärung unserer Arbeit für die nächsten Aufgaben, der Massenmobilisierung des Kampfes um die Betriebe nach der Leninischen Lösung „Jeder Betrieb eine rote Burg“, der Führung der Politik vom Betrieb aus, begrüßen wir den Bezirksparteitag zu der Durchführung seiner bescheidenden revolutionären Tätigkeit.

# Wietertreibbeschuß in Seiffennersdorf

## Kampfauschuß gewählt. Geschlossene Aufnahme des Kampfes am 1. April

Von einem Arbeiterkorrespondenten geht aus folgender Bericht zu:

Am 22. März fand in Seiffennersdorf eine sehr stark besuchte Neubauwerkstättenversammlung statt. Diese erneuerte einstimmig den bereits in der letzten Versammlung gefassten Streikbeschuß. Der gewählte Kampfauschuß wird beauftragt, die weiteren organisatorischen Maßnahmen durchzuführen. Das Sekretat des Genossen S. Neugebauer, über den Kampf um Mietentlastung und die Ausschließung der zahlreicheren Bauherrn brachten den selben Kampfwillen der Neubauwerker zum Ausdruck. Der anwesende Bürgermeister Richter sowie der Vorsitzende des Bauvereins waren der Auffassung, daß in Seiffennersdorf die Gemeindefunktion „niedrig“ seien und eine Mietentlastung nicht in Frage käme. Der Vertreter vom Bauverein erklärte sich unter dem Druck der Mieter zwar für eine Senkung, aber für eine „mäßig“ ungenügende. Die Heimstätten-Gesellschaft hat durch eine Zuschrift bekanntgegeben, daß sie nicht gewillt ist in der Versammlung über Mietentlastung zu sprechen.

Die Neubauwerker haben mit ihrem Kampfbeschluß befunden, daß sie mit der Waffe des Streiks ihre Interessen wahrnehmen und ihre Forderungen auf eine fühlbare Senkung der Mieten durchsetzen werden. Das Beispiel des Neubauwerkertreits in Neugebauer, bei dem parteilose, sozialdemokratische und kommunistische Mieter, Arbeiter, Angestellte und Handwerker, vier Wochen lang geschlossen in der Kampffront standen, wird auch den Mietern von Seiffennersdorf ein Vorbild sein. Ihren Kampf einheitlich und erfolgreich durchzuführen. Damit werden sie aber auch gleichzeitig allen Mietern erneut den Weg für die beste Wahrung ihrer Interessen weisen.

# Gillegung der Oberlausitzer Textilindustrie

Das Heinrichswerk in Oitzsch, das der Vereinigten Textilmaschinen- und Weberei gehört, soll im Laufe dieser Woche stillgelegt werden.

# Der „Sozialismus“ Aufhäufers

## Ufabund ersucht Herrn Brüning um „Durchführung der sozialistischen Planwirtschaft“

Ein drastisches Beispiel für den demagogischen Charakter des Arbeitsbeschaffungsplans der UFB-Führer bildet die bombastische Aufmachung des

„Wirtschaftsplan des NS-Bundes“

Diese Spitzenorganisation der freigewerkschaftlichen Angehörtenverbände beschäftigte sich am Dienstag in ihrer Bundesausschussung mit der Behandlung und Aufstellung eines „Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramms“. Welche Rolle die Aufhäufers und Konsortien spielen, ging aus den Referaten, die dort von Aufhäufers selbst und von Dr. Suhr gehalten wurden, hervor. Sie stellten nicht mehr und nicht weniger als die Forderung auf, die großkapitalistische Regierung solle doch die deutsche kapitalistische Wirtschaft auf „sozialistische Gleise“ führen. Die Gewerkschaften seien bestrebt, so verstanden die Referenten, für die „Übergangzeit“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ den Weg einer Reorganisation der Wirtschaft zu zeigen. Der Reichseinkauf auf die Banken müsse mit dem Ziele der Verstaatlichung ausgebaut werden. Der öffentliche Besitz an Produktionsmitteln in den Grundstoffindustrien und den privaten Monopolen der Verbrauchsgüter soll systematisch erweitert werden. An die Stelle der kapitalistischen Planlosigkeit müsse eine zentralisierte Leitung des gesamten Wirtschaftsprozesses nach einem einheitlichen Plan treten. Mit einem Wort:

Aufhäufers und seine Sekretäre schlagen der Brüning-Regierung der Herren Dautberg, Krupp und Bösch vor, den Sozialismus in Deutschland einzuführen

Aber noch weiter gehen die sozialfaschistischen Gewerkschaftsböden in ihrer Unterstufungsaktion für die herrschende Klasse. Nachdem der Reichsverband der Industriellen jede Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten abgelehnt, hat Herr Aufhäufers einen neuen Dreh herausgefunden. Sein „Arbeitsbeschaffungsplan“ soll durch eine Arbeitsbeschaffungsanleihe finanziert werden. Von Millionärsteuern, von Streichung der Ausgaben für militärische Zwecke, von Streichung der Zuschüsse für die Kirche und dergleichen — diese Möglichkeiten enthalten bekanntlich Arbeitsbeschaffungsvorhaben der UFB und NSD — so weit wie der NS-Bund nichts wissen. Die Kapitalisten um Arbeitsbeschaffung belästigen, das kann doch nämlich eine Organisationsmaßnahme sein, die sich mit Haut und Haaren den Unternehmern verkauft hat.

# „Rote Fahne“ und „Neue Zeitung“ auf eine Woche verboten!

## Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzejski hat das Zentralorgan der kommunistischen Partei, die „Rote Fahne“, auf Grund der Notverordnung für eine Woche verboten. Zur Begründung des Verbots werden verschiedene in den letzten Tagen veröffentlichte Artikel angeführt.

In München wurde die kommunistische Tageszeitung für Südbayern, die „Neue Zeitung“, ebenfalls auf die Dauer von einer Woche verboten.

Nach dem Verbot sämtlicher Versammlungen, jeder Haus- und Hofagitation durch den von Hindenburg diktierten Burgfrieden steht das Verbot der kommunistischen Tageszeitungen. Das ist die „Wahlfreiheit“ in der Hindenburgrepublik.

Arbeiter, Genossen! Schützt eure Presse! Verfücht die Agitation und Werbung für eure Zeitung! Tausende neuer Abonnenten für die kommunistische Presse muß die Antwort auf die Verbote sein.

# Arbeitermord in Gelsenkirchen

Am Sonntag wurde von einem Trupp SA-Banden auf eine Gruppe von fünf Arbeitern geschossen. Ein Arbeiter erhielt einen Bauchschuß und verstarb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Ein zweiter Arbeiter erhielt einen Kopfschuß und liegt in lebensgefährlichem Zustande im Krankenhaus.

Wieder ein Arbeitermord der hitlerischen Mordbanditen! Gewaltige Empörung muß diese neueste Bluttat bei der gesamten Arbeiterschaft auslösen. Sofortige Bildung von Massenelbstschutzbataillonen ist das dringende Gebot der Stunde. Sozialdemokratische und christliche Massenorganisationen, her zur teten Einheitsfront!

werden. Die Arbeiter, die seit Wochen hart arbeiten, müssen auf die Straße.

Zu der Sanktweberei Richter, wie auch in der Sanktweberei Wagner u. Co., beide in Oitzsch, wird Kurzarbeit eingeführt.

# Biersteuerentlastung — auf dem Papier

Am Sonnabend erließen die neue Verordnung, die als „Biersteuerentlastung“ angefündigt worden war. Danach soll die Entlastung der Biersteuer um 3 Mark betragen und zwar sollen die bestehenden Steuerlässe gleichmäßig um diesen Betrag gekürzt werden. Die Gemeindebediensteten sind laut Verordnung um 40 Prozent gekürzt worden. Dabei darf jedoch der Gehalt von 4 Mark nicht unterschritten werden. Zur Entlastung sind bei den Gemeinden der Betrag von 32 Millionen vom Reich überlassen.

Wer nun glaubt, daß die Biersteuerentlastung, die eigentlich ab 20. März Geltung haben sollte, sofort eintreten würde, wird sich gewaltig täuschen. Unter dem Vorwand, daß die Verhandlungen mit den beteiligten Kreisen noch nicht abgeschlossen seien, wird die Senkung vorläufig nicht durchgeführt. Zur Freilegung des Punktes III der Reichsfinanzminister ermächtigt worden. Die Biersteuerentlastung steht also — nur auf dem Papier.

# Kapitalistische Offensive gegen die NS

Notenhilfe in der Reichsbank verboten!

Nachdem die hitlerische Regierung eine Offensive gegen die UFB durchgeführt hat, wird nunmehr die Auflösung der Reichsbankischen Sektion der Noten Hilfe bekanntgegeben. In den Sekretariaten der Noten Hilfe in Prag, Reichsburg, Berlin, Pilsen usw. wurden gestern im Laufe des Vormittags Besprechungen durchgeführt und die Organisationen der Noten Hilfe aufgelöst. Als Hauptgrund für die Auflösung wird die Tätigkeit der Noten Hilfe zur Unterstützung von politischen Belangen angegeben.

# Braun und Severing Spitzenkandidaten der SPD bei den Breitenwahlen

Berlin, 23. März. (Eig. Drahtbericht)

Der Parteivorstand der SPD hat am 22. März beschlossen, an die Spitze sämtlicher Freiwahlkreise Otto Braun und Karl Severing zu setzen. Die beiden Braun-Severing, die in Preußen alle Notverordnungen Brüning durchführten, die in den Völkerverordnungen an der Spitze marschierten, zuletzt Braun-Severing, die das Stahlhelmverbot im Rheinland erließen, die den roten Frontkämpfer-Bund auflösten u. dergleichen, werden die SPD zu verbleibenden Spitzenkandidaten ernannt.

Diese Maßnahmen des SPD-Parteivorstandes ist ein Schlag ins Gesicht für die Klassenbewußten SPD-Arbeiter. Sie werden ihren verdienstlichen Führern am 19. und 24. April zu danken haben und in der roten Einheitsfront gemeldet werden können.

Die kommunistische „Sozialistische“

Wähler der Front

Die kommunistische Arbeiterbewegung

# Nazis überfallen ein ganzes Dorf

Brandenburg, 24. März 1932. (Eig. Drahtbericht)

Am 23. März überfielen 80 SA-Beute das weisse Dorf Kienitz. Die Kinder wurden mit Steinen beworfen, die Frauen in die Häuser gedrückt, die Männer in die Gefängnisse gesteckt. Die Bevölkerung wurde gezwungen, den ganzen Tag zu sitzen.

Die Arbeiter waren um die Zeit des Überfalls zum größten Teil nicht anwesend, so daß sie den Ort nicht gegen diesen Überfall schützen konnten.

# Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft

Hamburg, 24. März 1932. (Eig. Drahtbericht)

Die Hamburger Bürgerschaft hat gestern die Neuwahl der Bürgerschaft am 24. April, also gleichzeitig mit den Landtagswahlen beschlossen.

# Polnische Manöver an der Gotwileren

Warschau, 20. März (Eig. Drahtbericht)

Wie bekannt wird, sollen die diesjährigen polnischen Manöver gemeinsam unter Leitung französischer Generalfeldmarschälle abgeübt werden. Die Manöver sollen die neuesten Kriegswaffen verwenden.

# Die Regierung

Der nachfolgende Artikel, der in der „Neuen Zeitung“ veröffentlicht wurde, zeigt die Lage der Regierung in England.

Die Regierung in England ist in einer schwierigen Lage. Die Wirtschaftskrise hat zu einer massiven Arbeitslosigkeit geführt, was die soziale Lage in England verschärft hat.

Die britische Regierung versucht, die Krise zu bewältigen, indem sie verschiedene Maßnahmen ergreift, um die Wirtschaft zu stabilisieren.

Die internationale Situation ist ebenfalls angespannt, was die britische Politik beeinflusst.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.

Die britische Regierung wird in den kommenden Monaten weitere Schritte ergreifen müssen, um die Krise zu überwinden.